

Kriegsvermeidung in Deutschland: 11 Fragen (3. Auflage)

von Joachim Wernicke, Berlin, Januar 2023

Inhalt

1. Militärische Verteidigung Deutschlands – nützlich oder schädlich?
2. Was bedeutet die atomare Abschreckung?
3. Wie kam es zu dieser Denkweise?
4. Sind Atomwaffen in Deutschland Schutz oder Gefahr?
5. Ist die NATO für Deutschland nützlich oder schädlich?
6. Brach der Westen Versprechen an Russland?
7. Welche Ursache für den russischen Angriff auf die Ukraine?
8. Ist Deutschland Kriegspartei im Ukrainekrieg?
9. Was hat es mit Hyperschallwaffen auf sich?
10. US-Hyperschallraketen nach Deutschland?
11. Welche Perspektive für Deutschland?

1. Militärische Verteidigung Deutschlands – nützlich oder schädlich?

Die offizielle Antwort kurzgefasst: Deutschland muss sich militärisch verteidigen können, mit der Bundeswehr und der Hilfe Verbündeter, sonst würde es leichte Beute für aggressive Staaten.

Genauer hingeschaut: In der Ukraine, nur tausend Kilometer von Deutschland entfernt, ist Krieg. Werden die Kämpfe auf Deutschland übergreifen? Umfragewerte sind nicht bekannt, aber die *bedingungslose* Ablehnung jeglicher Explosionen von Kriegswaffen im eigenen Lebensumfeld dürfte weit über 90 Prozent liegen. Kein anderes europäisches Land erlitt im Zweiten Weltkrieg so immense Ruinenlandschaften wie Deutschland. Gibt es irgendein politisches Ziel, das den Verlust von Eigentum, Gesundheit, Leben und Familie wert wäre, letztlich nur für das Geschäft von Rüstungsindustrien?

Noch niemals war Deutschland so verletzlich wie heute, mit der hohen Siedlungsdichte, der extrem verwundbaren Infrastruktur, den industriellen Gefahrenquellen im Land, darunter Atomkraftwerke und Großchemie. Kein Schutz mehr für die Bevölkerung. Raketentreffer auf ein paar Dutzend Schaltstellen können die Städte unbewohnbar machen, siehe Ukrainekrieg. Für die Bürger(innen) ist „Krieg als Mittel der Politik“ historisch ein für alle Male vorbei.

Allein aus technischen Gründen ist eine erfolgversprechende militärische Verteidigung Deutschlands nicht mehr möglich.

Etwa die Abhängigkeit von Elektrizität: Ohne Strom kein Licht, kein Wasser, kein Elektroherd, kein Kühlschrank, keine Heizung, kein Radio/Fernsehen, kein Telefon/Handy, kein Computer, kein Supermarkt, keine Tankstelle, keine Bahn ... nichts mehr geht.

Gar nicht zu reden von militärischen Angriffen: Flussbrücken gesprengt, Chemiewerke bombardiert, Grundwasser dauerhaft vergiftet durch Heizöl aus gebohrten Wohnhaustanks.

Abwehr gegen Flugzeuge und Raketen? Sollte sie funktionieren, schützt sie Militärstellungen, aber auf Kosten des umgebenden Zivilgebiets: Es wird Ziel für abgelenkte Bombentreffer, Abstürze munitionsbeladener Flugzeuge und einen Hagel schwerer Trümmerteile. Mit Waffeneinsätzen verursacht Militär – egal, ob

eigenes oder fremdes – schwerste zivile Schäden. Zugleich ist Militär Angriffsziel, also Gefährdung der Bevölkerung in der Umgebung.

Was nützen den Menschen neue Sirenen, wenn es keine Schutzräume gibt, in die sie sich flüchten können? Was nützt ihnen ein militärischer Sieg, der Deutschland als entvölkertes Trümmerfeld hinterlässt? Deutschland ist heute ebenso wenig mit Waffen zu verteidigen wie ein Krankenhaus oder eine Schule. Es darf also *niemals mehr* militärisch verteidigt werden, schon gar nicht als Schlachtfeld und Sprengplatz für Andere, sondern nur noch zivil, gewaltfrei, durch Diplomatie, Völkerrecht und im Extremfall durch passiven Widerstand der Bevölkerung gegen eine Besetzung, die bewusst erduldet wird.

Kein Pazifismus. Dies hat nichts zu tun mit „Pazifismus“. Vorbilder sind die Tschechoslowakei 1938 und Dänemark 1940, beide damals in Reaktion auf den Einmarsch der Nazi-Wehrmacht, ohne Illusionen über deren schwerkriminelle Führung, formell als kampflose Kapitulation, aber in wohlüberlegtem Widerstand mit anderen und letztlich überlegenen Mitteln. Diese Länder sahen die geistige und kulturelle Schwäche des Angreifers, der deswegen über kurz oder lang scheitern müsste. Denn ein Angreiferstaat ist immer autokratisch. Der unvermeidliche Kontakt seiner jungen Soldaten mit der gewaltfrei agierenden freiheitsgewohnten Jugend des angegriffenen Landes untergräbt die Glaubhaftigkeit seiner Gewaltideologie. Die Besetzung ist für den Angreifer also gefährlich.

So galt Besetzung damals als weit weniger schädlich als Verwüstung. Hauptsache keine Waffenexplosionen – zu teuer! Ist Deutschland so viel anders als Tschechien oder Dänemark?

Es sei noch daran erinnert, dass nach fast einem halben Jahrhundert sowjetischer Besetzung (1945-91) kein einziges betroffenes europäisches Land seine nationale und kulturelle Identität eingebüßt hat – eher im Gegenteil.

Allerdings wird gewaltfreie Verteidigung teilweise stark abgelehnt: Damit lässt sich kaum Geld verdienen, anders als mit Rüstung.

Schutzschild Völkerrecht. Der *umfassende* Schutz der Zivilbevölkerung in Deutschland ist heute real möglich, aus eigener Kraft und Souveränität – NATO und EU hin oder her –, nämlich durch das moderne Völkerrecht. Selbst zu entscheidende deutsche Maßnahmen liegen auf der Hand, als gewaltfreier Selbstschutz, darunter:

- (a) die Erklärung der deutschen Siedlungsgebiete zu „*entmilitarisierten Rotkreuz-Schutzzonen*“, dort kein Krieg, gemäß Zusatzprotokoll I von 1977 zu den Genfer Rotkreuz-Konventionen von 1949 [1],
- (b) Nichtangriffsverträge mit allen NATO-Verbündeten; damit niemals Kriegswaffeneinsätze verbündeter Truppen auf deutschem Boden, auch nicht zu deren Selbstverteidigung – „*Freunde bombardieren einander nicht*“ (bisher fehlt eine solche Regelung!),
- (c) als Schutzschirm gegen Atomangriffe der deutsche Beitritt zum *UN-Atomwaffenverbotsvertrag* von 2021. Bereits 68 der 193 Staaten in der UN haben ihn ratifiziert, darunter in Europa Österreich und Irland.

Diese drei Schritte geben Deutschland zusätzliche Sicherheit, über die reine Neutralität hinaus, die im Kriegsfall voraussichtlich mehrere NATO-Staaten erklären würden, dabei Deutschland am dringendsten, wegen der großen US-Militärpräsenz, die damit beendet wäre, wie sie 1966 in Frankreich endete. Mit den neutralen Nachbarn Österreich und Schweiz entsteht geografisch ein Schlachtfeld-Sperrriegel quer durch Europa, über 1.000 km lang, als Schutzzone für die Bevölkerung, zugleich ein Schritt zur gesamteuropäischen Friedensordnung: keine gegnerischen Militärbündnisse, Schlichtung politischer Streitigkeiten *gewaltfrei* vor Gerichten statt in mörderischer Selbstjustiz mit Kriegswaffen.

Ein historischer Seitenblick: Warum durfte Österreich 1955 seine Souveränität zurück erhalten, unter der Auflage der militärischen Neutralität, Deutschland durfte dies aber nicht? Für ihren militärischen Brückenkopf in Europa gegen die Sowjetunion brauchte die Siegermacht USA zwingend das westdeutsche Flachland, und sie brauchte den Hochseehafen Bremerhaven. Österreich ist Gebirgsland, ohne Hochseehäfen, für diesen militärischen Zweck also wertlos.

Ohne über Deutschland, seinen Luftraum und seine Nordseehäfen frei zu verfügen, kann keine Macht einen großen Krieg in Europa erfolgversprechend führen und gewinnen.

Weiter westlich gelegene Länder sind kein Ersatz für Deutschland, weiter östlich gelegene Länder erst recht nicht, denn deren Häfen liegen an der Ostsee oder dem Schwarzen Meer – die engen Zufahrten lassen sich leicht abriegeln.

Zivile Bundeswehr. Militär zieht Angriffe auf sich. Sollen etwa deutsche und fremde Panzer, Kanonen und Flugzeuge in deutschen Wohngebieten feuern und bomben? Wozu also weiterhin eine militärische Rolle der Bundeswehr, abgesehen von einer kleinen Blauhelmtruppe für Einsätze von UN oder OSZE? Was hat deutsches Militär sonst im Ausland verloren? Warten nicht auf die Bundeswehr drängende zivile Aufgaben, im Katastrophenschutz und dazu als Cyberwehr, um die öffentliche Datensicherheit im Land herzustellen und zu erhalten?

Gegner Bundesregierung? Die Bürgermehrheit lehnt Krieg auf deutschem Boden strikt ab. Trotzdem, wird die Bundeswehr aufgerüstet. Wie kann es aber in der Demokratie sein, dass die Bundesregierung in einer wichtigen Frage gegen die Bevölkerungsmehrheit handelt? Dies ist tatsächlich mehrfach geschehen, etwa bei der Einführung des Euro 1999, der Teilnahme am Afghanistankrieg ab 2001 und der weiteren Duldung von US-Atomwaffen in Deutschland ab 2010 – in diesem Fall sogar gegen den *einstimmigen* Willen des *gesamten* Bundestags, der diese regierungsseitige Missachtung hinnahm, ohne durch ein Gesetz oder ein Misstrauensvotum den Parlamentswillen durchzusetzen.

Wie kann das Volk 2023 eine kriegsbereite Bundesregierung stoppen? Die fatale Antwort: gar nicht. Auf Bundesebene sind Volksentscheide nicht erlaubt, anders als in den allermeisten Demokratien. Die Bundestagsabgeordneten, die eigentliche Macht im Staat, sind *ab dem Wahltag* auf vier Jahre freigelassen vom Wählerwillen, stattdessen auf die Weisungen ihrer Partei

orientiert. Auch die größte Bürgermehrheit für eine existentielle Forderung zur Kriegsvermeidung auf deutschem Boden kann nicht erzwungen, dass die Bundesregierung diesen Volkswillen ausführt oder es zu Neuwahlen kommt. Der einzige ordnungsgemäße Weg wäre ein Akt des Bundestags, der die Regierung bindet. Es scheint aber zweifelhaft, ob eine Mehrheit von Abgeordneten eine Kriegsgefahr noch rechtzeitig erkennt und obendrein das persönliche, auch finanzielle Risiko eingeht, aus der „*Fraktionsdisziplin*“ ihrer Partei auszuschließen.

Würde der französische Graf de Montesquieu, 1748 der „*Erfinder*“ der drei-gewaltenteiligen Demokratie, das heutige politische System in Deutschland als Musterbeispiel für seine Konstruktion bewundern? Oder würde er Mängel beklagen, etwa die Parteien als Kurzschluss in der Gewaltenteilung und mangelnde Transparenz gegen Korruption in der Politik?

Verfassung. In der Hoffnung, dass dies alles nicht zu spät kommt: Wo bleibt die deutsche Verfassung, die „*von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen*“ ist, wie es das Grundgesetz seit 1990 in seinem Schlussartikel 146 fordert? Ein gesamtdeutscher Verfassungsentwurf, nicht von Parteien vorgegeben, sondern aus den Bedürfnissen und unter Federführung der Bürgergesellschaft entstanden, unbeeinflusst von Interessengruppen und am Ende durch eine Volksabstimmung in Kraft gesetzt? Anregende Ideenvorlagen und Erfahrungen aus dem In- und Ausland gibt es reichlich. Der Text des gültigen Grundgesetzes geht zurück auf einen zweckgerichteten westalliierten Besatzungsbefehl von 1949 – kann er dieser Text Bürgeranforderungen für eine gerechte und auskömmliche gesellschaftliche Zukunft ganz Deutschlands genügen?

2. Was bedeutet die atomare Abschreckung?

Die offizielle Antwort kurzgefasst: Solange es Atomwaffen gibt, sind sie ein Kernbestandteil der NATO-Abschreckung und -Verteidigung.

Genauer hingeschaut: Atomwaffen sind Bomben mit millionenfacher Spreng- und Brandwirkung als konventionelle Waffen, dazu mit der chemischen Giftwirkung der Radioaktivität. Sie hinterlassen Opfer mit der unheilbaren Strahlenkrankheit. Schutz oder Verteidigung ist kaum möglich.

Kriegsrecht. Angesichts der zunehmend gewaltsameren Kriege mit immer technisierteren Waffen hatten sich 1899 die führenden Industriestaaten in Den Haag auf den damals neuen Grundsatz geeinigt: „*Die Kriegsparteien haben kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes.*“

Daraus entstand ein *Kriegsrecht* mit Regeln über erlaubte Kampfarten und Waffen, über die Behandlung von Kriegsgefangenen und den Schutz der Zivilbevölkerung. Diese Regeln eines Mindestrespekts gegenüber dem Feind als Mitmenschen gelten auch heute. Verstöße sind Kriegsverbrechen. Staaten, die das Kriegsrecht missachteten, werden als Parias verabscheut. Markantestes Beispiel ist die rassistische Nazi-Diktatur der 1930er/40er Jahre in Deutschland: Sie nahm Gruppen von Menschen ihr Lebensrecht.

Massenmord und Vergiftung des Lebensraumes sind die Verneinung von Recht und Menschenwürde.

Das Kriegsrecht führte auf das Totalverbot chemischer und biologischer Waffen. Auch Atomwaffen gehören in dieses Verbot. Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag holte das 2021 nach. Doch die Atomwaffenstaaten versperren sich. Ein Hauptgrund: Mit der Atomrüstung werden immense Gelder verdient, mit chemischen und biologischen Waffen gelingt das nicht.

Bereits 1996 hatte das UN-Weltgericht ICJ in Den Haag bekräftigt, dass Atomwaffeneinsätze das Kriegsrecht in vielfacher Weise verletzen. Mit traditionellen militärischen Handlungsweisen – „*Soldatenehre*“ – haben Atomwaffen nichts zu tun. Der eingeführte (und deshalb auch hier verwendete) Begriff „*Waffen*“ für diese Werkzeuge des Massenmords ist absichtlich irreführend. Wer würde die Gaskammern des Nazi-Regimes „*Waffen*“ nennen?

Atomare Abschreckung. Um das Atomgeschäft trotz dessen Unvereinbarkeit mit Recht und Menschenwürde weiterführen zu können, bot sich propagandistisch ein Begriff an: „*Abschreckung*“. Atomwaffen würden den Frieden sichern, denn die glaubhaft angedrohte Rache – die Vernichtung von Großstädten – würde Gegner von Angriffen abschrecken.

Die atomare Abschreckung beruht also auf der staatlichen Bereitschaft zu größten Kriegsverbrechen. Dies macht aber diesen Staat totalitär, auch wenn er sich Demokratie nennt.

Nur 9 der 193 Staaten in der UN besitzen heute Atomwaffen, nämlich neben den USA und Russland 7 weitere (in historischer Folge): Großbritannien, Frankreich, China, Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea. Diese sieben betreiben jeweils Abschreckung mit bis zu 350 Atomsprenköpfen (China). Prinzipiell reicht als gesicherte „*Zweitschlagsfähigkeit*“ eine kleine Anzahl von Atomraketen in geschützten Verstecken.

Allein die USA und Russland gehen weit über solche „*minimale*“ Abschreckung hinaus. Sie modernisieren ihre übergroßen Atomwaffenarsenale, mit je rund 6.000 Sprengköpfen *fast zwanzigmal* mehr als China auf Platz drei. Sollten diese Arsenale jemals zünden, würden Wolken aus radioaktivem Ruß und Staub weltweit die Sonne verdunkeln, ein „*nuklearer Winter*“, das Ende der Zivilisation. So gefährden die USA und Russland die gesamte Menschheit.

Als *Rachedrohung* widerspricht die atomare Abschreckung christlich-europäischen Prinzipien. Auch kann sie kein stabiler Zustand sein, denn mit aufwendiger Technik belauern die großen atomaren Arsenale einander, und die laufende Weiterentwicklung der Waffen führt zu immer kürzeren Vorwarnzeiten. So wächst die Gefahr, dass ein technischer Fehler den *Atomkrieg aus Versehen* auslöst.

Bis 1990 standen die Teile Deutschlands trotz demokratischer Selbstdarstellungen real unter Besatzungsbefehlen von vier Atomwaffenstaaten mit deren totalitären Denkweisen. Aber das 1990 wiedervereinte souveräne Deutschland als *Neubeginn eines Rechtsstaats* – warum verweigert es sich nicht gegen Totalitarismus, schließt also Atomwaffen im Land aus, wie es 21 der 26 nicht-atomaren NATO-Staaten in Europa tun? Kommen wir mit unseren Nachbarn aus, weil wir sie mit Gewaltdrohung in Schach halten – oder weil wir sie eben *nicht* bedrohen?

Sind einige Atommächte *gut*, die übrigen *böse*? Und wir zum Glück auf der Seite der *Guten*? Im Gewaltkonflikt zwischen einer fernen und einer nahen atomaren Großmacht sich der fernen als Abschussrampe gegen die nahe anzubieten – ist das eine kluge Maßnahme, um künftig Bevölkerung und Bestand Deutschlands zu bewahren?

3. Wie kam es zu dieser Denkweise?

Die Auflösung des Kriegsrechts lässt sich im Rückblick verfolgen. 1937 bombardierte im spanischen Bürgerkrieg die Nazi-Luftwaffe die Stadt Guernica. 1940, im Zweiten Weltkrieg, wiederholte sich dies mit der britischen Stadt Coventry. Aufschreie gingen um die Welt, denn der Angriff auf Wohngebiete galt als Kriegsverbrechen. Aber eine begrenzte Gegenmaßnahme ähnlicher Art, *Repressalie* genannt, war erlaubt. So steigerten Deutschland und England gegenseitige Städtebombardierungen, bis 1942 die Luftwaffe dazu nicht mehr in der Lage war, durch die zweite Front in der Sowjetunion.

Doch statt mit dem Rechtsbruch aufzuhören, war auf britischer und ab 1943 auch auf amerikanischer Seite diese strategische Luftkriegsführung gegen Städte als starker Wirtschaftsfaktor für die Rüstungsindustrie entdeckt worden: Zehntausende Flugzeuge und Millionen Tonnen Bomben waren zu produzieren. So hatte der Totalitarismus des deutschen Diktators Hitler die Denkweisen in den beiden großen traditionellen Demokratien infiziert. Die Bevölkerung des Feindes – Mann, Frau oder Kind – war zum *absolut Bösen* gestempelt, auszurotten. Das Kriegsrecht war in den Hintergrund gedrängt.

Ab 1943 galt der Massenmord an Zivilbevölkerung als unvermeidliche Erscheinungsform des modernen Krieges.

Städte waren nun normale Bombenziele. Großangriffe brachten das neue Phänomen des *Feuersturms*: die ganze Stadtfläche ein zusammenhängendes Großfeuer, keine Überlebenden, auch in Schutzräumen nicht, denn deren Insassen erstickten an den giftigen Brandgasen. Höhepunkte waren 1943 Hamburg und 1945 Dresden und Tokio. Das Ausmaß der Spreng- und Brandschäden war jeweils vergleichbar mit den Atomangriffen auf Hiroshima und Nagasaki, die wenige Monate später folgen sollten.

In seiner Insellage war das Kernland der USA bis 1960 niemals durch Angriffe bedroht. Trotzdem wurde dort bereits ab 1935 eine Fernbomber-Luftwaffe aufgebaut. Im Zweiten Weltkrieg lieferte und finanzierte das große Land dann – wie schon im Ersten Weltkrieg – erneut Waffen für Kriegsparteien in Europa, diesmal für Großbritannien und die Sowjetunion. Schließlich griffen die USA selbst in den Krieg in Europa ein und führten einen eigenen Krieg gegen Japan. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg, blieben sie nach Kriegsende als Besatzungsmacht.

Einsteins Warnung. 1938, kurz vor Kriegsbeginn, war in Berlin die Atomkernspaltung entdeckt worden. Der prominente Physiker Albert Einstein warnte, Hitler könnte anhand des neuen Wissens Bomben extremer Zerstörungskraft bauen lassen. Die USA sollten dem zuvorkommen.

Angesichts ihrer Militärüberlegenheit gab es zu der Zeit für die USA keinen Grund, sich auf eine solche neue und exotische Waffenart einzulassen, zumal deren Entwicklung erkennbar sehr teuer würde. Dennoch lief Anfang 1943 genau diese Entwicklung mit voller Kraft an, das

„Manhattan-Projekt“. Zu der Zeit war die deutsche Kriegsniederlage bereits unausweichlich. Fast ungehindert verwüsteten britisch-amerikanische Bombenverbände deutsche Städte. An eine deutsche Atombombe war nicht zu denken. Einsteins Warnung war nicht mehr begründet.

Aber sein Anstoß hatte in den USA eine Eigendynamik entfaltet. Im August 1945 demonstrierten die Atompilze über Hiroshima und Nagasaki ein neues militärisches US-Monopol. Eine Welle der Abscheu ging um die Welt, gegen die heimtückische neue Strahlenwaffe und gegen deren Abwurf auf ein schon besiegt Land.

Neues Geschäftsfeld. Bis dahin hatte das Manhattan-Projekt in heutigem Geldwert die erhebliche Summe von 38 Milliarden Dollar gekostet. Im Zweiten Weltkrieg war in den USA die Kriegswirtschaft vorherrschend geworden, mit zeitweilig 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das Atommonopol hatte bei Rüstungskonzernen und Militär Begehrlichkeiten für die Zukunft erweckt, in den Worten des US-Außenministers James Byrnes 1945: „*Wie bringt man den Kongress dazu, Gelder für Atomenergie zu bewilligen, wenn man keine Ergebnisse der bereits ausgegebenen Mittel vorweisen kann?*“

Selbstschädigung? Aber würde nicht die fortgesetzte US-Atomrüstung und deren Nachahmung irgendwann das friedliche und ahnungslose amerikanische Volk selbst zum Atomziel werden lassen, also ihm die Zukunft stehlen?

Genau dies geschah. 1946 zerstob die Hoffnung auf ein Ende des atomaren Spuks. Durch Spionage war in Moskau die Technik der US-Atombomben bekannt. In der UN stellte die Sowjetunion den Antrag, Atomwaffen weltweit zu ächten [2]. Aber die industrienahe US-Führung war bereits auf einem Weg, den Militärhaushalt im Frieden auf Kriegshöhe zu halten, und dabei spielten Atomwaffen die Hauptrolle. Nach dem Sieg über das alte Feindbild *Hitler* hatte die Regierung seit Herbst 1945 nahtlos ein neues Feindbild aufgerichtet, die *Sowjetunion*, kurz zuvor noch geschätzter Kriegsverbündeter der USA. Tatsächlich lieferten Aktionen der sowjetischen Führung unter Diktator Stalin laufend furchterregende Propaganda für dieses neue Feindbild. So konnte der Leiter der amerikanischen UN-Delegation, ein Bankmanager, den sowjetischen Abrüstungsantrag abweisen, mit dem Einwand, die Sowjets könnten ja betrügen.

Die USA abschrecken. In der Spionage bekannt, aber vor dem arglosen amerikanischen Volk strikt geheimgehalten, plante die US-Luftwaffe schon ab 1947, lange vor dem ersten sowjetischen Atomtest, Atomangriffe gegen Städte in der kriegszerstörten Sowjetunion [3]. Diese Information verfestigte in Moskau die Entscheidung, eine eigene Atomrüstung mit Fernwaffen zu forcieren, um die USA von solchen Angriffen abzuschrecken. Angesichts der mehr als 25 Millionen sowjetischen Kriegstoten und der am Boden liegenden Wirtschaft erschien dieses Ziel aberwitzig. Auch würde es der US-Führung die Rechtfertigung liefern, ihre teure Atomrüstung noch zu verstärken – ein Wettrüsten.

1949 zündete die Sowjetunion ihren ersten Atomtest. Fernbomber und Raketen, geeignet, um gegen die USA zurückzuschlagen, waren nicht vor 1960 einsatzbereit. Zu der Zeit listete die US-Luftwaffe bereits für ihre hunderte Fernbomber tausende sowjetische Atomziele.

Sowjetische Erfahrungen. Aus jenen Jahren hatte der *russische Bär* bereits traumatische Vorerfahrungen mit dem *amerikanischen Adler*, die heute historisch belegt sind, darunter diese: Als 1961 John F. Kennedy neu ins Präsidentenamt kam, wollte er von seinen Generälen wissen, wieviele Todesopfer die Ausführung der amerikanischen Atomkriegsplanung namens *SIOP* in Europa und Asien fordern würde – China zählte damals noch zum sowjetischen Machtbereich. Die Antwort, unfassbar: Innerhalb des ersten halben Jahres nach dem Angriff 600 Millionen. *Der Nazi-Holocaust mal hundert* [4]. Bis 1968 kreisten Tag und Nacht US-Atombomber *B-52* an den Grenzen des Sowjetgebiets [5].

Wie wäre heute die deutsche Sicht auf die USA, wenn Deutschland bewusst solche amerikanischen Bedrohungen erlebt hätten?

Paranoia? In den 1970er Jahren hatten die Sowjets in der Atomrüstung dann tatsächlich etwa mit den USA gleichgezogen, mit je rund 25.000 Sprengköpfen, genug, um die Menschheit mehrfach auszulöschen. Warum kopierte die Sowjetunion und kopiert bis heute Russland die USA in dieser Absurdität, anders als China? Eine Mischung aus Paranoia im Kreml und Druck aus der russischen Rüstungsindustrie?

Internationaler Protest gegen die Existenzbedrohung durch nur zwei Staaten führte ab 1970 zu ersten Abkommen über atomare Rüstungsbegrenzung. Doch um 1980 wurde mit neuen zielgelenkten Mittelstreckenraketen *Pershing-2* erstmals die Möglichkeit technisch real, dass die USA von Westdeutschland aus einen atomaren *Enthauptungsschlag*, also Mordanschlag gegen die sowjetische Regierung führen und so Sieger im Atomkrieg werden [6]. Umgekehrt war dies der Sowjetunion technisch niemals möglich.

Warum? Die heute älteren Einwohner Russlands wuchsen nicht nur unter kommunistischer Diktatur auf, sondern dazu unter dieser amerikanischen Bedrohung. Was hatte das sowjetische Volk dem amerikanischen Volk angetan? Die USA als stärkstes Land der Welt in seiner sicheren Insellage – warum dieses Übermaß an Rüstung und Drohung? Für die Menschen in der sowjetischen Mangelwirtschaft war kaum vorstellbar, dass es dabei nicht um Landesverteidigung ging, nicht um Furcht oder Hass, um gar nichts Persönliches, sondern nur um Geldflüsse für Industrieaufträge und Militärkarrieren.

US-Außenpolitik. Tatsächlich steht seit dem Zweiten Weltkrieg die Außenpolitik der USA unter maßgeblichem Einfluss einer Verflechtung von Militär und Rüstungsindustrie. Jenseits von Propagandareden ist das reale Hauptziel offenbar, den Militärhaushalt auch im Frieden auf hohem Kriegsniveau zu halten. Voraussetzung für diesen Geldfluss ist ein absolutes Feindbild, das den US-Bürgern lückenlos Furcht einflößt: Bis 1990 die Sowjetunion, dann islamistischer Terror, heute Russland, neu am Horizont China.

Eine Besonderheit: Im Präsidentschaftswahlkampf der USA fließen hunderte Millionen Dollar Industriespenden an *jeden* der beiden Kandidaten. Wer auch immer US-Präsident wird – er ist seinen Spendern verpflichtet. Demokratie?

Teufelskreis. War es also unerwartet, dass die russischen Regierungen ihre militärische Sicherheit vor den USA zum Hauptziel erklär-

ten? Dies wiederum ermöglichte im Westen die Sicht, der russische Bär sei völlig grundlos paranoid, er sei eroberungssüchtig und von Natur aus aggressiv. Ausschließlich militärische Stärke könne ihn abschrecken oder notfalls zurückdrängen. Dank der USA würden modernste Waffen Schutz bieten. Ein Teufelskreis der Aufrüstung.

Triebkraft Konzern. Alle Atomwaffenstaaten haben, an ihren Wirtschaften gemessen, leistungsstarke Rüstungsindustrien. In den westlichen Ländern sind dies meist Konzerne mit privaten Eigentümern. Teils finanzstärker als Regierungen, ohne regionale Bindungen und über Staatsgrenzen hinweg tätig, haben Konzerne alle Wirtschaftsbereiche erobert, von der Herstellung von Autos bis zu Babynahrung und bis zu Banken, Handelsketten, Wohnungsgesellschaften.

Besonders beliebt bei Konzernen ist der Militärbereich mit seinen großen Bestellmengen und Gewinnspannen, am höchsten in Kriegssituationen, je länger, desto ertragreicher. Zwei Beispiele: Im Vietnamkrieg 1964-75 verbrauchte das US-Militär das Zweieinhalbfache der Munitionsmenge aller Fronten des Zweiten Weltkriegs. Der „*Krieg gegen den Terror*“ 2001-21 kostete auf US-Seite pro Bürger rund 17.000 Dollar. Dass die USA beide Kriege militärisch verloren, war zweitrangig.

Roboter. So sind Konzerne die mächtigen Treiber der atomaren Bedrohung der Menschheit. Der Grund ist aber nicht, dass Rüstungskonzerne Sammeltöpfe besonders gewissenloser Führungspersonen sind, wenngleich die in den USA verbreitete calvinistische Prägung einen stärker materiellen Anreiz setzt als das europäische Verständnis von Wirtschaftsethik.

Tatsächlich sind bei einem Konzern Fragen der Geschäftsmoral unerheblich, denn er funktioniert mechanisch wie ein Roboter, mit nur zwei Zielen: Gewinne und Wachstum. Ein Aufsichtsgremium im Konzern steuert das Erreichen dieser Ziele anhand betriebswirtschaftlicher Zahlen. Über den Konzern herrschen also nicht Menschen, sondern allein diese Zahlen. „*Zukunft*“ ist ein leeres Fremdwort.

Die leitenden Personen sind Angestellte, die durch Beteiligungsmechanismen am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben. Sie dürfen aber nicht darauf sehen, wie die Ziele erreicht werden, ob durch Korruption, Rechtsbeugung, Umweltzerstörung, Ausbeutung, soziale Spaltung oder Krieg. Ein Konzernmanager, der mit schlechtem Gewissen vor solchen Schäden zurückschreit, wird zügig ausgewechselt, denn mit seiner Rücksichtnahme veruntreut er Geld, das den Börsenwert des Konzerns erhöhen soll. Der Manager ist nur ein austauschbares Rädchen in einem automatischen Getriebe. Konzerne sind also totalitäre Gebilde. Als „*juristische Personen*“ wirken sie in den politischen Systemen wie bössartige Krebsgeschwüre. Ist eine stabile Demokratie möglich ohne strikte *gesetzliche* Kontrolle, regionsbezogen wirksam, über die dort tätigen Konzerne?

4. Sind Atomwaffen in Deutschland Schutz oder Gefahr?

Die offizielle Antwort kurzgefasst: Die US-Atomwaffen in Deutschland und die nukleare Teilhabe Deutschlands garantieren die Abschreckung, also Frieden und Sicherheit.

Genauer hingeschaut: Kein Staat außer den USA betreibt eine „nukleare Teilhabe“ Verbündeter: Im Kriegsfall sollen deutsche Piloten aus deutschen Kampfflugzeugen auf US-Befehl US-Atombomben über – wahrscheinlich russischen – Zielen abwerfen. Der Bomber dürfte kaum unerkannt bleiben. Wäre der atomare Gegenschlag auf Deutschland daraufhin der Blitzableiter, mit dem die USA und Russland im begrenzten Atomkrieg einander Stopp signalisieren? Mit Deutschland dann eben als Kollateralschaden?

Soweit bekannt, lagern rund 20 amerikanische Freifall-Atombomben Typ B-61 auf dem deutschen Flugplatz Büchel in der Eifel – Atombomben sind Atomziele. Diese Bomben werden zur Zeit „modernisiert“, und neue in den USA gekaufte Flugzeuge F-35 sollen die älteren deutschen Trägerflugzeuge *Tornado* ersetzen.

Ist die deutsche nukleare Teilhabe nach dem *Atomwaffensperrvertrag* (alias *Nicht-Verbreitungsvertrag NVV*) von 1970 überhaupt erlaubt? Damals akzeptierte die Sowjetunion die amerikanische Sonderforderung („*Rusk-Brief*“ von 1968), die nukleare Teilhabe in den westalliierten Besatzungszonen Deutschlands fortzuführen. 1990 legte der Zwei-plus-Vier-Vertrag für den souveränen Staat „*Bundesrepublik Deutschland*“ fest, dass die Bindungen des NVV gelten. Das westdeutsche Besatzungsgebiet, das den gleichen Namen auf dem Etikett hatte, war rechtlich erloschen, damit auch dessen Sonderregelung.

Deutschland ist also seit 1990 neues und reguläres NVV-Mitglied. Mit der nuklearen Teilhabe verletzt es den NVV und somit auch den Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990.

Denn NVV-widrig hat der deutsche Pilot im Flug die Atombombe in seinem Besitz. Er könnte sie also über See entsorgen oder damit desertieren. Laut Gutachten des UN-Weltgerichts ICJ von 1996 ist bereits die atomare Drohung völkerrechtswidrig, somit auch die deutsche Teilnahme an den jährlichen NATO-Abwurfübungen von US-Atomwaffen, die atomare Drohungen sind.

5. Ist die NATO für Deutschland nützlich oder schädlich?

Die offizielle Antwort kurzgefasst: Die NATO, 1949 gegründet und gestützt auf die atomare Abschreckung der USA, ist ein Verteidigungsbündnis und eine Wertegemeinschaft demokratischer Staaten. Sie ist für Deutschlands Sicherheit unverzichtbar.

Genauer hingeschaut: Der NATO-Oberbefehlshaber in Europa ist immer ein US-General, nämlich zugleich der Oberbefehlshaber der US-Truppen in Europa. Sein Dienstherr ist nicht die NATO, sondern allein der US-Präsident.

Juristisch ist die NATO schlicht eine europäische Fremdenlegion des US-Präsidenten.

Wäre es nicht Zeit, den NATO-Oberbefehl unter den Mitgliedsstaaten zu wechseln? Erfüllt die NATO ihre eigenen Wertesprüche? – Die europäischen NATO-Staaten (außer Türkei) haben sich der Rechtsprechung des Internationalen Strafgerichtshofs ICC in Den Haag unterworfen, die USA nicht. Dies bedeutet für US-Soldaten: „*Ihr seid nicht an Kriegsrecht gebunden*“. – Zum *Verteidigungsbündnis*: Unter Führung der USA hat die NATO 1999 völkerrechtswidrig Jugoslawien angegriffen, daraufhin die serbische Provinz Kosovo abgespalten und

dort eine US-Militärbasis installiert. Die USA selbst haben seither völkerrechtswidrige Angriffskriege geführt: Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien. – Erfüllen die NATO-Mitglieder Türkei, Polen und Ungarn die *rechtsstaatlichen* Anforderungen an Demokratien? Kritik der NATO an anderen Staaten, aber in eigener Sache blind? – Sollten nicht die Mitgliedsstaaten die von der NATO propagierten Werte einhalten? Oder aus dem Bündnis rausfliegen?

Die NATO erweckt das Bild einer *Beistandsgarantie* – „*Artikel 5*“ – für ihre Mitgliedsstaaten, eine Art Vollkasko-Versicherung. Diese Garantie existiert aber gar nicht. Im Angriffsfall reagiert jeder Mitgliedsstaat auf seine Art, wie der Wortlaut des Artikels 5 des NATO-Vertrags klarstellt [7]. Eine mitfühlende Diplomatennote würde als *Beistand* ausreichen. Anders dürften die USA gar nicht NATO-Mitglied sein. Der US-Senat hätte sein Veto eingelegt, wie er es schon 1919 im Fall des Völkerbunds getan hatte: Niemals militärische *Verpflichtungen* der USA!

Das gilt besonders für Atomwaffen, denn deren Einsatz gefährdet auch ihre Eigentümer. Im NATO-Vertrag sind Atomwaffen nicht erwähnt. Die beiden atomaren NATO-Mitglieder Großbritannien und Frankreich haben klargestellt: ihre Atomwaffen nicht unter NATO, sondern rein national. Ebenso dienen auch die US-Atomwaffen ausschließlich den nationalen Interessen der USA, aber Propaganda verbreitet das – sogar weithin geglaubte – Bild eines US-„*Atomschirms*“ zum Wohl von NATO-Staaten.

Wie kam es zu alledem? Mit Geldern aus dem „*Marshallplan*“, als Wiederaufbauhilfe nach dem Zweiten Weltkrieg, sicherte sich das US-Militär in europäischen Staaten eigene Aufenthalts- und Verkehrsrechte, allerdings auf Kosten der Souveränität der betroffenen Staaten. Solche Truppenpräsenz ist unabhängig von einer NATO-Mitgliedschaft, und so braucht das US-Militär für eigene Kriegsführung in Europa gar nicht die NATO mit ihren umständlichen Ritualen. Stattdessen erlaubt das Recht auf *Selbstverteidigung* den US-Truppen in den Stationierungsländern *jederzeit* eigene Militärhandlungen nach eigenem Ermessen, ohne Erlaubnis der „*Gastgeber*“-Länder und trotzdem völkerrechtlich legal.

Ein Beispiel für solche Nutzung ist der deutsche Flugplatz Ramstein: Die USA verwenden ihn seit Jahrzehnten als Drehkreuz für ihre nationalen Kriege, außerhalb der NATO und vielfach auch unter Bruch des Völkerrechts – etwa für Drohnenmorde. Aus solcher Befürchtung erlauben 17 der 28 europäischen NATO-Staaten keine ausländische Truppenstationierung, darunter Dänemark, Tschechien, Frankreich. Auch Deutschland kann sofort in diesen Status umschwenken.

Trauma. Dass es den USA überhaupt gelang, nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland einen starken militärischen Brückenkopf gegen die Sowjetunion zu errichten, war nur möglich, weil hier traumatische Erinnerungen an die alliierten Städtebombardierungen und an die sowjetische Besetzung lebendig waren. Die Massenvertreibungen aus den Ostgebieten, deren Annexion und die Unterwerfung osteuropäischer Staaten wurden allein der Sowjetunion angelastet. Es bestand die akute Angst, „*der Russe*“ würde weiter nach Westen vordringen.

Die Ursache der Ereignisse, nämlich den deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 und die Kriegsführung der „*verbrannten Erde*“ gegenüber diesem Land, hatte die Mehrheit der Deutschen nicht persönlich erlebt, sondern „*nur*“ die Schrecken des Kriegsendes 1945, teils in Direktkontakt mit sowjetischen Soldaten, die selbst in Zwang, Not und Trauma waren.

Durch ihre Traumatisierungen waren die deutschen Erwachsenen meist nicht in der Lage, der jungen Generation von ihren Ängsten in den Luftschutzkellern zu erzählen. Die Bomberbesatzungen der britischen und amerikanischen Luftangriffe waren hoch über den Städten gesichtslos geblieben, kein Direktkontakt. Nicht mehr drandenken! Folglich konnten sich die westalliierten Sieger vor der Jugend glaubhaft als Träger von Recht und Menschlichkeit präsentieren.

Stichwort „Churchills Zettel“. Vor allem aber: In Deutschland war jahrzehntelang nicht bekannt, dass es die USA und Großbritannien waren, die auf der Jalta-Konferenz im Februar 1945 die Vertreibungen, Unterwerfungen, Annexionen und willkürlichen Grenzziehungen abgesegnet hatten, nämlich vereinbart zwischen dem sowjetischen Diktator Stalin, dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt und dem britischen Premierminister Churchill [8].

Anders als die Sowjets, waren die Amerikaner als Besatzungsmacht klug genug, sich wenig in das Privatleben der deutschen Bevölkerung einzumischen und ihre zerstörte Besatzungszone nicht durch Demontagen von Industrieanlagen zu überfordern. So konnten die USA Westdeutschland zur militärischen Basis gegen die Sowjetunion ausbauen, ab 1953 sogar mit Atomwaffen auf deutschem Boden, dies alles im deutschen Alltag unauffällig. Angesichts sich verbessernder Lebensbedingungen und glaubhafter Propaganda sah ein Jahrzehnt nach Kriegsende in Westdeutschland und Berlin-West eine Mehrheit die US-Truppen als willkommenen Schutz gegen eine hautnah gefühlte sowjetische Bedrohung.

6. Brach der Westen Versprechen an Russland?

Die offizielle Antwort kurzgefasst: Die russische Kriegspropaganda unterstellt, das westliche Bündnis hätte angebliche Zusagen gegenüber der damaligen Sowjetunion gebrochen. Sie zielt darauf ab, die Öffentlichkeit zu manipulieren und vom völkerrechtswidrigen russischen Überfall auf die Ukraine abzulenken.

Genauer hingeschaut: 1985 war in der Sowjetunion nach Jahrzehnten des atomaren Wettrennens mit den USA die erstaunliche Persönlichkeit Michail Gorbatschow als Generalsekretär an die Macht gekommen. Er stieg einseitig aus dem Wettrennen aus – zu gefährlich, zu teuer. Beim Gipfeltreffen in Reykjavik 1986 bot er dem US-Präsidenten Ronald Reagan an, binnen zehn Jahren alle Atomwaffen abzurüsten. Reagan lehnte ab. Das musste er wohl: Es ging um viel Geld.

Ab 1984 hatten die USA in Westdeutschland atomare Mittelstreckenraketen Pershing-2 stationiert. Daraufhin erschienen 1985 sowjetische Kurzstreckenraketen in der DDR und der Tschechoslowakei. Ihre Aufgabe war offensichtlich, in einer Krise rechtzeitig die amerikanischen Militärs in Westdeutschland zu zerstören. USA und Sowjetunion standen also in einem

Raketenduell mit dem Anreiz: Wer zuerst schießt, hat gewonnen. Mitteleuropa wäre zum entvölkerten radioaktiven Dschungel geworden. Dabei fatal mitgeholfen hätten die rund 5.000 (!) Atomsprengköpfe, die die USA für diesen Kriegsfall in Westdeutschland lagerten, kurze Reichweiten, für die Zündung in Westdeutschland, offiziell propagiert als „Verteidigung“.

Immerhin beendeten 1987 Gorbatschow und Reagan einvernehmlich ihr damaliges europäisches Raketenduell mit dem *INF-Vertrag (Intermediate-range Nuclear Forces)*, dem Verbot landgestützter Mittelstreckenwaffen. 2.600 dieser Geräte wurden verschrottet, darunter Raketen SS-20 und SS-23 (Sowjetunion) und Pershing-2 (USA). Aufatmen, Europa war wieder sicher.

1990, in den Monaten nach Öffnung der Berliner Mauer und zugleich dem Ende des Kalten Krieges, richteten sich die Hoffnungen auf eine gesamteuropäische Friedensordnung ohne gegnerische Militärbündnisse. Mit der Zusicherung, die NATO werde – so US-Außenminister Baker 1990 – „nicht einen Zoll“ [9^a] über nach Osten ausgedehnt, wurde Gorbatschow verlockt, einer bizarren Vorbedingung der USA für die deutsche Vereinigung zuzustimmen, nämlich: Deutschland wird NATO-Mitglied, und das US-Militär bleibt mit seinen Atomwaffen in Deutschland. Heute ist US-Militär bis an die russischen Grenzen vorgedrückt, und der Westen behauptet, eine Zusicherung an Gorbatschow habe es niemals gegeben, es existiere ja keine Vertragsform.

Aber zur Zusicherung „keine NATO-Osterweiterung“ durch damalige westliche Politiker existieren zahlreiche Dokumente [9^b].

Ist das westliche Abstreiten nicht eher Hinweis, dass der Westen 1990 seine sowjetischen Verhandlungspartner in betrügerischer Absicht getäuscht hatte? Hätte Gorbatschow, mit seinem Moskauer Politbüro im Nacken, jemals zusagen können, er werde seine Truppen aus der DDR abziehen, ohne dass er als Gegenleistung die Sicherheitsgarantie des Westens für sein Land hatte – „keine NATO-Osterweiterung“? Also zwischen NATO-Gebiet und der Sowjetunion ein mehrere hundert Kilometer breiter Sicherheitsgürtel osteuropäischer Staaten, die dann als bald neutrale souveräne Staaten werden sollten.

Die nicht-schriftliche Verfahrensweise mit Bindungskraft völkerrechtlicher Verträge war schon in früheren historischen Sonderfällen der Rettungsanker: Die Heimkehr tausender deutscher Kriegsgefangener aus der Sowjetunion 1955 und die Lösung der Kuba-Krise 1962 – die Welt erstmals am Rande des Atomkriegs –, beides war nur durch Ehrenworte gelungen.

Unabhängig davon hätte Gorbatschow zu Militär in Deutschland den USA aus eigenem Recht sagen können: „Wir gehen, wenn Ihr geht. Wenn Ihr bleibt, bleiben wir auch.“ Alle hätten es damals verstanden. Aber Gorbatschow hielt Wort und zog einseitig sein Militär aus der DDR ab.

Die Osterweiterung der NATO. Wie im Rückblick deutlich wird, waren dafür die USA die treibende Kraft. Es ging darum, den US-Militärhaushalt zu steigern, mit der Behauptung, die US-Truppen in Europa wären zum Schutz der NATO-Verbündeten nach wie vor unverzichtbar.

1991 hatten die wirtschaftlichen Belastungen des Wettübens die Sowjetunion innerlich zerrüttet. Das sowjetische Militärbündnis Warschauer Pakt löste sich auf, schließlich auch die

Sowjetunion selbst. Das amerikanische Militärbündnis NATO blieb erhalten. Russland wurde Rechtsnachfolger der Sowjetunion und auf Betreiben der USA die einzige Sammeladresse für die – nun über vier souveräne Staaten (Russland, Belarus, Ukraine, Kasachstan) verteilten – sowjetischen Atomwaffen [9^c]. Warum nicht *alle vier Länder zugleich* atomar abgerüstet? Es wäre möglich gewesen. War das US-Ziel, Russland zum erneuten atomaren Feindbild aufzubauen?

Jedenfalls steuerte die US-Regierung unter dem internen Grundsatz „*Russland selbst niemals in die NATO!*“ [9^c] gezielt in einen neuen Ost-West-Konflikt, um das 1990 verfliegene Feindbild Russland neu aufzubauen. Dies war nötig, um vor dem Kongress den Nicht-Abzug des US-Militärs aus Europa – damals 95 Prozent davon in Westdeutschland [9^d] – zu rechtfertigen und ihren sinkenden Militärhaushalt wieder hochzufahren, heute dreimal höher als der Chinas, zwölfmal höher als der Russlands.

Dabei half 1990 der westdeutsche Bundeskanzler Helmut Kohl den USA. Seine geheimen Absprachen, Gorbatschow und die mehrheitlich gegen Atomwaffen eingestellten Deutschen im US-Interesse zu hintergehen, sie sind heute nachzulesen im Protokoll der Besprechung mit US-Präsident Bush am 24. Februar 1990 [10].

Erfuhr die im März 1990 gewählte DDR-Volkskammer vor Abschluss des *Einigungsvertrags* im August 1990 von Kohls heimlichen Absprachen? Erfuhr Gorbatschow vor Abschluss des *Zwei-plus-Vier-Vertrags* im September 1990 davon? Sind die beiden Verträge auf dieser fraglichen Basis überhaupt gültig?

Darüber hinaus wies der Zwei-plus-Vier-Vertrag dem DDR-Gebiet innerhalb der NATO einen Sonderstatus zu: Dort keine fremden Truppen, keine Atomwaffen! Dies sollte zugleich die Modellvorlage sein für den künftigen militärischen Status der absehbar souverän werdenden osteuropäischen Staaten [9^e]. Auch diese Verabredung bestreitet der Westen heute.

Egal, welche Wünsche von Staaten, die 1990 unter sowjetischer Kontrolle waren: Unter den geltenden Ehrenworten hätte die NATO sie nicht aufnehmen dürfen. 1997 versäumte die deutsche Regierung, noch unter Helmut Kohl, im NATO-Rat die Notbremse zu ziehen, nämlich die Osterweiterung mit ihrem Veto zu verhindern. Sie hätte es gekonnt.

So aber brach die deutsche Regierung 1997 ihr Ehrenwort gegenüber Russland.

Die Jahre nach Auflösung der Sowjetunion 1991 waren geprägt durch wirtschaftliche und politische Instabilität in Russland. Dortige Oligarchen und westliche Konzerne eigneten sich einseitiges Staatseigentum an. Die Beziehungen zwischen dem russischen Präsidenten Boris Jelzin (ab 1992) und dem amerikanischen Präsidenten Bill Clinton (ab 1993) waren anfangs freundschaftlich, kippten aber ab 1997, durch Jelzins Empörung über Clintons Wortbrüche und Aktionen zum Nachteil Russlands, an erster Stelle die NATO-Osterweiterung. 1999 setzte Jelzin den 47-jährigen Wladimir Putin als seinen Nachfolger ein. In demselben Jahr griff die NATO Jugoslawien an, das auf Russland orientiert war.

Putin bemühte sich anfangs um gute Beziehungen zum Westen. Im deutschen Bundestag

erhielt er dafür stehenden Beifall. Doch auf die in Wellen vordringende NATO-Osterweiterung reagierte er mit Abgrenzung, Autokratie und Aufrüstung. War Putin verändert – oder die NATO? Jedenfalls gelang es den USA bis 2008, ihre 1990 funktionslos gewordene NATO nicht nur zu erhalten, sondern lückenlos bis an die Grenzen Russlands und des verbündeten Belarus zu erweitern. Ist es unbegründet, dass Russland dies als militärische Einkreisung durch die USA wahrnahm? Als Endglied des Länderkranzes fehlte nur noch die Ukraine.

Warum NATO-Osterweiterung? Die begründete Frage, ob Putin für sein Land besser den Ukrainekrieg vermieden hätte, ist im Rückblick müßig. Dahinter steht die Frage, die sich aus russischer Sicht aufdrängen dürfte: Was bezwecken die reichen USA mit der NATO-Osterweiterung? Ist eine fiktive Antwort völlig unbegründet, etwa der Art, es gehe den USA darum, Russland zu einem Verhalten als neues Feindbild zu provozieren, um damit eigene Aufrüstung und Verkauf von Waffen nach Europa zu begründen und schließlich den Regimewechsel in Moskau zu betreiben, nach dem Muster von Kiew 2014, mit dem Fernziel von US-Militärbasen in Sibirien, gegen den neuen Gegner China? Und als Zündfunke die Ukraine?

7. Welche Ursache für den russischen Angriff auf die Ukraine?

Die offizielle Antwort kurzgefasst: Der russische Diktator Wladimir Putin ist von dem Größenwahn getrieben, einstige sowjetische Größe zurück zu erobern. Der Angriff auf die Ukraine, unprovokiert, völkerrechtswidrig und durch nichts zu rechtfertigen, war erst der Anfang einer Serie. Hier helfen keine Verhandlungen, sondern nur entschlossene militärische Gegengewalt.

Genauer hingeschaut: Ohne Beweis des Gegenteils ist der Angriff am 24. Februar 2022 als völkerrechtswidrig einzustufen, aber fairerweise verbunden mit der Frage: in welchem Ausmaß völkerrechtswidrig, etwa im Vergleich zum Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien 1999?

Der allein auf Putin persönlich fokussierte Kriegsgrund blendet die Möglichkeit aus, der Angriff sei eine Reaktion gewesen auf westliche Maßnahmen, die Russland als aggressiv und sicherheitsgefährdend ansehen musste. Diese Sichtweise hatte im Dezember 2022 der französische Präsident Macron erstmals offiziell ins Gespräch gebracht.

Hatte es einen kritischen Schub in der NATO-Osterweiterung gegeben? Oder in der Aufrüstung der Ukraine durch USA und NATO – inwieweit erfahren die Bürger die tatsächlichen Abläufe? Oder vielleicht war es ganz anders: Am 24. März 2021 hatte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj seiner Armee den Befehl erteilt, die Krim zurück zu erobern [11].

War das etwa keine Kriegserklärung der Ukraine an Russland? Also die Ukraine als der Angreifer, die russische Reaktion verzögert?

Die offiziellen Angaben beider Seiten sind unverständlich, ebenso ist es die Sinnhaftigkeit bekanntgewordener militärischer Maßnahmen. Die Propagandaschwerpunkte zeigen das Gewicht des Völkerrechts heute: Beide Seiten beschuldigen einander, das Kriegsrecht gebrochen zu haben, meist ohne vorerst nachprüfbar

Beweise. Das Kriegsrecht ist aber nicht sanfte Gerechtigkeit, sondern es regelt Grausamkeit.

Vorgeschichte. Einen Staat *Ukraine* in den heute beanspruchten Grenzen hat es vor 1991 niemals gegeben. Dort bestehen seit rund einem Jahrhundert gewaltsame Spannungen zwischen im Westteil überwiegenden ukrainischsprachigen und im Ost- und Südteil überwiegenden russischsprachigen Bevölkerungsteilen. Regionale Autonomiebestrebungen reichen zurück bis in die Sowjetzeit. Das Land ist also gespalten. Die dezentrale Struktur für den Zusammenhalt fehlt.

Seit 2002 versuchen die USA, die Ukraine in die NATO zu holen. Aber 2008 lehnten Frankreich und Deutschland dieses Ansinnen offiziell ab, wegen Korruption und mangelnder Rechtsstaatlichkeit in dem Land. 2014 erlitt die Hauptstadt Kiew einen gewaltsamen Staatsstreich, unter ausländischen, auch US-Einflüssen. Die neue, auf die USA ausgerichtete Regierung drohte, den Pachtvertrag mit Russland über den Marinehafen Sewastopol in der russischsprachigen Provinz Krim zu kündigen. Um diesen Heimathafen ihrer Schwarzmeerflotte fürchtend, gliederte Moskau die Krim in den russischen Staat ein, über eine strittige Volksabstimmung, erklärt als Selbstbestimmung des Volkes. Der Westen kritisiert dies als rechtswidrige Annexion.

Im Völkerrecht besteht aber in der Tat ein Konflikt zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Machtanspruch von Zentralregierungen, so auch in Serbien (Kosovo), Spanien (Katalonien), Großbritannien (Schottland) und Italien (Venetien). Allerdings: In der UN sitzen Zentralregierungen, nicht Völker.

Die neue ukrainische Regierung erklärte *Ukrainisch* zur einzigen Amtssprache des Landes, gegen den Widerstand der russischstämmigen Bürger, ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Statt den Konflikt politisch zu lösen – Dezentralisierung und zwei Amtssprachen –, setzte die Kiewer Regierung gegen die russischsprachigen Ostprovinzen Militär ein, also gegen ihre eigene Bevölkerung, mit tausenden Toten. Um das Blutvergießen zu beenden, schlossen Russland, Frankreich und Deutschland 2015 mit der Ukraine den UN-Vertrag *Minsk-II*: Waffenstillstand und Autonomie für das ostukrainische Konfliktgebiet. Gleichzeitig rüsteten aber die USA und Großbritannien die Ukraine auf NATO-Standard. Ende 2022 bekannte die vormalige Bundeskanzlerin Angela Merkel: Das Minsk-II-Abkommen „war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht“ [12]. – Hat der russische Angriff mit alledem nichts zu tun?

Mitschuld? Ist die ukrainische Regierung frei von Mitschuld am Unglück ihres Volkes? Warum nicht die Vorteile eines blockfreien Ost-West-Brückenstaats genutzt? War Selenskyj nicht 2019 mit dem Versprechen von *Frieden in der Ostukraine* in das Präsidentenamt gekommen? Warum brach er sein Versprechen? Warum ließ er sich überhaupt auf einen militärischen Konflikt mit dem familiär so eng verbundenen großen Nachbarn ein? Sollten die Berichte über den Patriotismus der Ukrainer zutreffen, dann wäre doch eine russische Besetzung früher oder später gescheitert, ohne Tod und Verwüstung. – In der Ukraine ist der Militärdienst zwingend, kein Ersatzdienst. Ist das eine Demokratie? – Gibt es keine Friedensbewegung in der Ukraine?

Warum schloss Selenskyj im November 2021 einen direkten Militärvertrag mit den USA [13], an der NATO vorbei? – Auf Vermittlung der Türkei fanden im März 2022 ukrainische und russische und Unterhändler Bedingungen für den Waffenstillstand, darunter die ukrainische Neutralität – warum verließ die Ukraine kurz darauf diese Verhandlung? Auf Druck aus den USA, über einen Besuch aus London? [14]

Stellvertreterkrieg. Die Atommächte Russland und USA sind mit ihrer konventionellen Stärke auf dem Boden einer Nicht-Atommacht gegeneinander angetreten. Eher zufällig in der Ukraine? Gestützt von den NATO-Staaten (außer Ungarn und Türkei), läuft de facto ein Stellvertreterkrieg USA–Russland, auf Kosten von Leben und Gesundheit von Ukrainern und Russen. Die Ukraine ist zum Sprengplatz geworden. Jede Explosion schädigt das Land weiter. Dazu die täglich wachsende Schuldenlast der Ukraine, vor allem durch die massiven Waffenlieferungen aus den USA, über einen Leih-Pacht-Vertrag, der schon im Januar 2022 in den US-Kongress eingebracht worden war, fünf Wochen vor dem russischen Angriff [15] – im Vorwissen über den bevorstehenden Kriegsbeginn in Europa?

Die Gedanken sind bei den Soldaten und Zivilisten der Ukraine und Russlands, die doch alle nur ungestört leben wollen, egal, welche Regierung. Aber ihre Führungseliten zwingen sie, für ferne Interessen zu leiden und zu sterben. Das Überleben in Städten ohne Heizung, Strom und Wasser ist kaum vorstellbar. Aber haben nicht *beide* Seiten Anteil, den Konflikt in den jetzigen strategischen Krieg eskaliert zu haben?

Die russische Führung will ihre nationale Souveränität nicht in die Hände ausländischer Konzerne oder gar des US-Militärs fallen lassen. Die US-Regierung hat den größten Militärhaushalt der Welt, die stärksten Streitkräfte und hunderte Militärbasen weltweit, damit dort auch jeweils politischen und wirtschaftlichen Einfluss. Seit 2022 ermöglicht der Ukrainekrieg zusätzlich Waffenverkäufe aus den USA nach Europa. Wirtschaftlich liegt es für die USA auf der Hand, den militärischen Sieg der Ukraine anzustreben, in einem möglichst langdauernden Krieg. Und als Bonus noch der hochpreisige Export von Energie aus den USA nach Europa, nachdem es gelang, Russland vorerst aus diesem Markt zu werfen. Insgesamt ein Gewinn für die USA, auf Kosten von Wirtschaftskraft und Lebensqualität in Europa einschließlich Russlands.

Warum sind reale Unterstützer der Ukraine fast ausschließlich Mitglieder der NATO und US-Verbündete im Indopazifikraum? Also nicht mal ein Fünftel aller Staaten der Welt.

Atomwaffen im Ukrainekrieg? Die USA und Russland schließen Atomeinsätze gegen Staaten ohne Atomwaffen nicht aus. Es ginge um „taktische“ Atomwaffen, wie die „kleinen“ Bomben auf Hiroshima und Nagasaki 1945. Im Kriegsgebiet Ukraine wäre dies jeweils „nur“ ein 5 km großer Brandfleck, bei über 1.200 km Frontlänge ein Nadelstich, am Ort aber sinnlose Überzerstörung. Untauglich, das Kriegsglück des Täterstaats grundlegend zu verbessern. Aber er wäre fortan international gemiedener Paria, täglich angeklagt durch unvermeidliche Langzeitopfer der Strahlenkrankheit, ruinös für seinen

Exporthandel. So bilden im Ukrainekrieg Atomwaffen eine Drohkulisse, aber militärisch spielen konventionelle Präzisionswaffen die Hauptrolle.

Allerdings: Die USA und Russland behaupten, ein Atomkrieg sei nicht begrenzbare. Wirklich nicht? Auch nicht im stillen Einvernehmen *begrenzt auf Mitteleuropa*, den Vorposten, Wirtschaftskonkurrenten und Blitzableiter, genau wie einst im Kalten Krieg? Das Risiko ist abgewälzt.

8. Ist Deutschland Kriegspartei im Ukrainekrieg?

Die offizielle Antwort kurzgefasst: Nein.

Genauer hingeschaut: Bis zum russischen Angriff 2022 hatten die deutschen Regierungen Kritik an der ukrainischen Führung. Aber mit dem Angriff schaltete die deutsche Regierung um auf die Unterstützung der Ukraine, sogar mit eigener Lieferung schwerer Waffen in das Kriegsgebiet. Wurde Deutschland damit Kriegspartei? Wie der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags feststellte, wird Deutschland erst zur Kriegspartei, wenn es ukrainische Soldaten auch an diesen Waffen ausbildet [16]. Und dies ist eingetreten.

Obendrein erlaubt die Bundesregierung den USA, deutsche Infrastruktur für ihre Kriegsunterstützung der Ukraine zu nutzen, außerhalb der NATO. Die USA transportieren über deutsche Häfen, Flughäfen und Straßen Waffen in die Ukraine, und sie bilden ukrainische Soldaten an diesen Waffen aus, auf deutschem Boden.

Laut Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 wird „von deutschem Boden nur Frieden ausgehen“. Wie passen dazu Waffenlieferungen an den Kriegsgegner des Vertragspartners Russland? Vertragen sich NATO-Militärtransporte durch oder über ehemaliges DDR-Gebiet als Kriegsnachschub für die Ukraine mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, insbesondere dem Zusatzprotokoll zu dessen Artikel 5? Demnach werde die deutsche Regierung „die Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei berücksichtigen“. Tut sie das?

So hat sich Deutschland 2022 zur Kriegspartei gegen Russland gemacht.

Dies geschah obendrein grundgesetzwidrig in der Rolle eines Angreifers, denn Russland hatte Deutschland nicht angegriffen, und es gibt keinerlei Bündnisverpflichtungen Deutschlands gegenüber der Ukraine, weder über die NATO noch die EU. Gewann die deutsche Regierung 2021 das Wählermandat, Krieg gegen den Nachbarn Russland zu beginnen? Könnte sich Russland in geeigneter Situation zur Selbstverteidigung gegen Deutschland legitimiert sehen?

Im Fall eines russischen Angriffs auf Deutschland: Dürfte die NATO zu Hilfe kommen? Nicht, wenn sie ihren Status als *Verteidigungsbündnis* ernst nimmt, denn völkerrechtlich ist Deutschland hier Angreifer, wie es auch mindestens die USA, Großbritannien und Polen sind.

9. Was hat es mit Hyperschallwaffen auf sich?

Die offizielle Antwort kurzgefasst: Russland und China sind auf dem neuen Gebiet Hyperschallwaffen aggressiv in Führung. Die USA stehen mit leeren Händen da und müssen nachrüsten.

Genauer hingeschaut: Die Logik der atomaren Abschreckung versagt, wenn es dem Gegner gelingt, Atomraketen abzuwehren. 1972 hatten

deshalb die USA und die Sowjetunion im *ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missiles)* vereinbart, in der Fläche *keine* Raketenabwehr zu installieren.

Doch 2002 kündigte die US-Regierung den ABM-Vertrag. Inzwischen schien Raketenabwehr eine reale technische Option. Es war gelungen, Raketen auf vorherberechenbaren ballistischen Flugbahnen per Radar genau zu verfolgen und mit Abwehrraketen vom Boden aus zu zerstören – ein Geschoss trifft ein Geschoss, eine erstaunliche technische Leistung. Die USA installierten ein solches Abwehrsystem namens *GMD (Ground-based Midcourse Defense)* an ihrer Westküste. So würde es aber möglich, einen massiven Atomangriff zu führen – etwa USA gegen Russland – und den dann vielleicht noch möglichen, aber nur noch schwachen Rest-Zweitschlag des Angriffsoffers abzuwehren. Der atomare Überfall bliebe also straflos.

Hyperschall. Russland und China reagierten auf die ABM-Kündigung, indem sie begannen, ihre Interkontinentalraketen auf hyperschallmanövrierende Atomsprengköpfe umzustellen, die Flugbahnen schlingierend und in geringerer Flughöhe am Rand der Atmosphäre, erst spät vom Radar entdeckbar, mindestens fünfmal so schnell wie der Schall, präzise gelenkt, jeder Schuss ein Volltreffer, egal welche Schussweite. Solche Flugkörper gelten als nicht abwehrbar, GMD also nutzlos, die atomare Abschreckung gegen die USA wiederhergestellt.

Die neuen Hyperschall-Interkontinentalraketen machen zwischen den drei Hauptakteuren USA, Russland und China deutlich, dass es einen straflosen Sieg nach einem atomaren Überfall nicht geben kann.

Trotzdem läuft diese Rüstung weiter. Die USA ersetzen ihre 400 ortsfesten Interkontinentalraketen *Minuteman* ab 2029 durch den Nachfolgetyp *Sentinel*, für den geplanten Einsatz bis 2075! [17] Der erste Industrievertrag über *Sentinel* belief sich 2020 auf 13 Milliarden Dollar.

Chinas Sonderrolle. Beim Wettrüsten USA-Russland macht China nicht mit. Es verfolgt seine Sicherheitsziele eher wirtschaftlich als militärisch. Die Führung hält Atomwaffen nicht für kriegsentscheidend und sieht ihre „minimale“ atomare Abschreckungsstärke als ausreichend.

Spielverderber? Angenommen, einer der beiden, USA oder Russland, rüstet *einseitig* ab auf das niedrigere chinesische Niveau – dann könnte die Gegenseite wohl kaum unbeeindruckt auf zwanzigfacher Höhe weiterüben. Also würde ein solcher mutiger Schritt wenigstens die Gefahr eindämmen, dass die USA und Russland weltweit die Zivilisation vernichten.

Von welcher der beiden Seiten wäre eine solche Initiative eher zu erwarten? In den USA ist die Erfahrung von Krieg im eigenen Land unbekannt. Was waffentechnisch möglich ist, gilt dort als Vorteil und wird – teils im Wettbewerb, Kosten zweitrangig – mit erstaunlichen technischen Leistungen realisiert, allerdings meist ohne Blick auf international destabilisierende Folgen. In Russland bestehen eher Sparzwänge. Von dort kamen bereits mehrfach in Krisensituationen überraschende politische Impulse, Atomkrieg abzuwenden, von Chruschtschow bis Gorbatschow, mit deren europäischen Denkweisen.

Sollten die USA und Russland auf China-Niveau abgerüstet haben, käme der nächste Schritt: Wie lange werden die einzelnen Atom-

waffenstaaten sich dem wirtschaftlichen Druck der 184 nicht-atomaren Staaten der Welt widersetzen können, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten? Wird die EU, mit Österreich und Irland im Atomwaffenverbotsvertrag, eine gemeinsame Militärpolitik finden, solange Frankreich nicht seine Atomwaffen abgerüstet hat?

10. US-Hyperschallraketen nach Deutschland?

Die offizielle Antwort kurzgefasst: Pläne der USA, Hyperschallraketen in Deutschland zu stationieren, sind nicht bekannt.

Genauer hingeschaut: Ab 1984 hatten die USA in Westdeutschland atomare Mittelstreckenraketen *Pershing-2* stationiert, daraufhin die Sowjetunion Raketen in der DDR und der Tschechoslowakei. 1987 beendete der INF-Vertrag dieses gefährliche Duell in Europa. Doch 2019 kündigte US-Präsident Trump den Vertrag. Vorwürfe über angebliche Vertragsverletzungen blieben ungeklärt. Verhandlungen, um den Vertrag zu retten, gab es nicht. Europas Regierungen schwiegen.

Vom INF-Vertrag befreit, bestellte die US-Regierung Hyperschall-Mittelstreckenraketen *LRHW (Long-Range Hypersonic Weapon)* [18] alias *Dark Eagle (dunkler Adler)*, direkte Nachfolger der *Pershing-2*-Raketen, aber konventionell bestückt. Diese neuen Raketen mit 2.700 km Reichweite erreichen von Westeuropa aus Moskau, Flugzeiten unter zwölf Minuten. Die Stationierung ist ab 2023 geplant. Wozu?

Bereits 2021 stationierte das US-Heer *Dark-Eagle-Bedienpersonal* in Deutschland.

Eine reaktivierte *Pershing-2*-Einheit mit den Zielplanern kam nach Wiesbaden. Die Raketenkanoniere zogen nach Grafenwöhr in Nordbayern. Das US-Heer schuf sogar eine neue Truppenstruktur für ihre moderne Fernartillerie, unter dem Namen *MDTF (Multi-Domain Task Force)* [19]. Davon gibt es bisher nur zwei, eine in den USA, die andere in Wiesbaden.

Zu der neuen US-Aufrüstung erklärte Russland 2020, selbst Mittelstreckenwaffen *nicht* zu beschaffen. Die USA sollten sich diesem *Verzicht* anschließen. Der Westen lehnte ab. Warum?

Erneut Enthauptungsschlag? Kriege werden von Regierungen geführt. Die Völker sind nur Opfer. So dürfte hinter der Moskauer Initiative die erneute Furcht vor einem US-Enthauptungsschlag stehen: Der Mord an missliebigen ausländischen Führungspersonen, meist per Drohnenangriff, ist für die US-Regierung kein Tabu. Eine Raketensalve zwecks Regierungswechsels in Moskau würde binnen Minuten die erkundeten Aufenthaltsgebäude der Führungspersonen zerstören, mit mäßigen Begleitschäden. Überlebt hätte die russische Militärführung in unterirdischen Kommandobunkern.

Aber würden die Generäle nach einem solchen nicht-atomaren Mordanschlag gegen ihre Regierung befehlstreu einen atomaren Gegenschlag gegen die USA auslösen? Sie wissen: Wenig später käme der Gegenschlag aus den USA. Russland würde verwüstet und das Leben ihrer Familien beendet, gar nicht zu reden von weltweiten Schäden wie dem nuklearen Winter als Endpunkt der Zivilisation. Könnten also die USA durch einen Enthauptungsschlag mit kon-

ventionellen Präzisionsraketen straflos die russische Führung beseitigen und durch eigene Gefolgsleute ersetzen? Müsste die Regierung Putin dies tatenlos abwarten?

Oder gäbe die erste Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Europa wegen deren minutenkurzer Flugzeiten Russland das Recht zur Selbstverteidigung durch einen Präventivangriff nach Westen?

Wäre Russland dann – oder im Ukrainekrieg heute schon – berechtigt, mit Luftangriffen die US-Militärpräsenz in Europa lahmzulegen, mit deren Hauptmasse in Deutschland, mit unvermeidlichen zivilen Begleitschäden? Auch nutzt das US-Militär kritische deutsche Infrastruktur, die ebenfalls zum Ziel würde, seien es Stromnetzverteiler oder Straßen- und Eisenbahnbrücken über Weser, Elbe und Oder.

Ruhe vor dem Sturm? Seit 2022 wurde es eigentümlich still um *Dark Eagle*. Hält das US-Heer angesichts der Erfahrungen in der Ukraine dieses Raketenystem inzwischen für zu groß und zu schwerfällig? Oder vernebelt Geheimhaltung eine US-Planung, diese Mittelstreckenraketen in Europa real zu benutzen? Der russische Gegenschlag ginge sicherlich nicht gegen das Kernland der USA, sondern gegen deren Stellungen in Europa. Müsste Deutschland nicht auf seinem Boden wenigstens Mittelstreckenwaffen und deren Kommandostellen verbieten?

11. Welche Perspektive für Deutschland?

Kurz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hat sich Deutschland 2022 zur Kriegspartei gegen Russland gewandelt, und damit zum Ziel möglicher russischer Angriffe.

Durch die russische Brille? Der Versuch, im Ukrainekrieg aus deutscher Sicht eine überwiegende russische Sichtweise herauszulesen und zu verstehen, führt etwa auf folgendes fiktives Bild, sicherlich nur eines von vielen:

„Russland hat keine Ruhe, solange die überseeischen USA mit kampfstarkem Militär in Europa sitzen und in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg gegen Russland führen. Die US-Truppen in Europa haben aber einen Schwachpunkt: ihre Zentralisierung in Deutschland. Ohne militärische Verfügung der USA über Deutschland funktioniert die ganze NATO nicht.“

Der von den USA angefachte Grenzkonflikt zwischen der Ukraine und Russland betrifft Deutschland nicht, außer als Teilnehmer am UN-Vertrag *Minsk-II*. Aber hier hat Deutschland, wie inzwischen bekannt, Russland gezielt betrogen [12] und sich sogar zur angreifenden Kriegspartei gemacht. Es ist unakzeptabel, dass nach 80 Jahren erneut auf einst sowjetischem Boden deutsche Panzer auf Russen schießen. Deutschland hat damit den *Zwei-plus-Vier-Vertrag* gebrochen, der unter deutsch-amerikanischem Betrug der Sowjetunion entstanden war [10].

Zur friedlichen Problemlösung kann Russland der deutschen Regierung ein zweiteiliges Paket anbieten: (a) die Rückkehr zum *Zwei-plus-Vier-Vertrag*, in der entstandenen Situation unter Verbot fremder Truppen und Militärmaterialien auf und über dem gesamten deutschem Staatsgebiet (nicht nur dem ehemaligen DDR-Gebiet), als Bedingung für das Ende des deutsch-russischen Kriegszustandes, und (b) die Rückkehr zum normalen politischen und wirtschaftlichen

Umgang wie vor dem Krieg. Damit wäre Deutschland sicher gegen Kriegsgeschehen, und für Russland wäre die Bedrohung durch das US-Militär in Europa gebannt. Der Weg wäre offen für eine gesamteuropäische Friedensordnung unter dem Dach der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), nach 32 verlorenen Jahren.

Sollte die deutsche Regierung Verhandlungen über das Angebot ablehnen und ein russischer Angriff gegen das US-Militär in Europa nötig werden, müsste er schlagartig und umfassend die US-Truppen lähmen, so dass eine US-getriebene kriegerische Eskalation in Europa kräftemäßig nicht mehr möglich wäre. Der Schwerpunkt des Angriffs läge zwangsläufig auf Deutschland. Mit einem größeren Gegenangriff der Rest-NATO ohne US-Truppen ist nicht zu rechnen.“ Soweit dieses fiktive Bild.

Ist Putin wirklich fanatisch in das Ziel verfallen, erst die Ukraine zu erobern, dann weitere Länder? Welche Moskauer Regierung hatte jemals so persönliches Verständnis des Westens: Putin lebte fünf Jahre in Dresden, sein Außenminister Lawrow sieben Jahre in New York. Was käme nach der Regierung Putin? Mag sein, dass Russland mit dem Angriff einen schweren Fehler beging. Aber führen mehr westliche Waffen aus dieser Zwickmühle – oder verständnisoffene Gespräche? Falls Moskau sich von den USA in die Enge gedrängt sieht: Was bliebe in dem Fall vom US-Brückenkopf Deutschland übrig? Sind wir wirklich so dumm, nicht vorher auszusteigen, am sichersten in den neutralen Österreich-Status?

Nachbarschaft. Im kältesten Kalten Krieg – etwa in den 1970er Jahren – hat Deutschland erfolgreich als Gesprächsbrücke zwischen Ost und West gewirkt. Warum nicht wieder so?

Dies setzt aber voraus, dass Deutschland seinen Kriegszustand mit Russland beendet. Ist vergessen, dass es die Sowjetunion war, die 1990 die deutsche Vereinigung ermöglichte hatte? Russland ist und bleibt der wichtigste Nachbar, egal, ob die Leitmedien den dortigen Chef gerade gut (Gorbatschow) oder böse (Putin) finden und die dort praktizierte Politik als demokratisch oder faschistisch erklären. Laut UN-Charta sind innenpolitische Verhältnisse nicht Gegenstand der internationalen Politik (wobei der Westen sich in der UN um Aufweichung bemüht). Ließe sich das riesige Russland – doppelt so groß wie die USA – überhaupt zusammenhalten mit einem politischen System nach deutschem Muster?

Deutschland war jahrzehntlang gut in Soft Power. Wie wäre es mit *deutsch-amerikanisch-russischer Jugendbegegnung*, breit angelegt, jährlich die Einladung an 30.000 junge Gäste? Die Kosten liegen bei 100 Millionen Euro pro Jahr, der Preis eines einzigen Kampfbombers.

Klimaschutz. Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland – wessen Schaden, wessen Nutzen? Hat Deutschland nicht jahrzehntlang wirtschaftliche Vorteile genossen, weil Russland zu günstigen Preisen Energie geliefert hat? Ist es nicht Deutschland, das seit 2022 die weitere Annahme von Gas- und Öllieferungen aus Russland verweigert? Jedenfalls kam es zur Preisexplosion für Gas, Öl und Strom in Deutschland. Dies füllt nun private Taschen. Unvermeidlich? Gerechtfertigt? Zukunftsverträglich?

Auch nach Umstellung auf erneuerbare Energien wird der Industriestaat Deutschland Energie

hinzukaufen müssen, am sinnvollsten auf kurzem Lieferweg. Außenhandel ist nicht einseitige Abhängigkeit, sondern wechselseitige Ergänzung.

Chemische Energieträger werden Bedeutung behalten, wegen ihres einfachen Ferntransports durch Rohrleitungen. Hier stehen synthetische Kraftstoffe und Wasserstoff im Vordergrund, wie sie auch in Russland weiterhin aus Erdgas oder Erdöl und trotzdem klimaneutral produziert werden dürften, indem Kohlenstoffgehalte als schwarze Kohle umweltsicher abgelagert werden – Kohlebergbau umgekehrt, ohne das Zukunftsrisiko, Abgase kostensparend einfach in den Erdboden zu pressen – „nach uns die Sintflut“.

Deutschland wird allein die weltweite Klimaerwärmung nicht aufhalten können – aber gemeinsam? In der Antike hatte der Mittelmeerraum feuchteres und kühleres Klima, bis der Mensch die Wälder für Schiffbau und als Brennmaterial abholzte und das Wüstenklima aus Afrika vordrang. Kann Zusammenarbeit Europas einschließlich Russlands – oder ganz Eurasiens und Nordafrikas – Wetterextreme auf dieser großen Landmasse vermindern? Vorstellbar sind großflächige Wiederbepflanzung, Bewässerung, geringere Emissionen durch Umstieg von Einweg-Wegwerfwirtschaft auf Recycling-Kreislaufwirtschaft. Gewonnene Erfahrungen lassen sich dann auch von anderen Kontinenten nutzen.

Quellen

Hier sind die Nachweise für einige in Deutschland wenig bekannte Sachverhalte angegeben:

- [1] *Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I)*, angenommen am 8. Juni 1977, Schweizerische Eidgenossenschaft, Fedlex, die Publikationsplattform des Bundesrechts, 0.518.521 AS 1982 1362; BBl 1981 I 953, Stand 12. Juli 2018, dort siehe Artikel 60, https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1982/1362_1362_1362/de
- [2] *Address by the Soviet Representative (Andrei Gromyko) to the United Nations Atomic Energy Commission*, June 19, 1946, Address delivered at the second meeting of the Commission, <https://fissilematerials.org/library/un46.pdf>
- [3] Gian P. Gentile, *Planning for Preventive War 1945 – 1950*, JFQ (Joint Force Quarterly), Spring 2000, p. 68 ff., <https://ndupress.ndu.edu/portals/68/Documents/jfq/jfq-24.pdf>
- [4] Daniel Ellsberg, *The Doomsday Machine – Confessions of a Nuclear War Planner*, New York 2017: Bloomsbury USA, ISBN 978-1-6081-9670-8, p. 2 f., dazu Hintergrunddokumente: William Burr, *The Creation of SIOP-62 – More Evidence on the Origins of Overkill*, National Security Archive, The George Washington University, Washington, D.C., July 13, 2004, <https://nsarchive2.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB130/index.htm#1>
- [5] Wikipedia (englisch), Stichwort „*Operation Chrome Dome*“, 11 July 2022, https://en.wikipedia.org/wiki/Operation_Chrome_Dome
- [6] Wikipedia, Stichwort „*Enthauptungsschlag*“, 6. März 2021, <https://de.wikipedia.org/wiki/Enthauptungsschlag>
- [7] *Der Nordatlantikvertrag*, Washington D.C., 4. April 1949, Last updated 25-Mar-2019, NATO, dort Art. 5, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de

[8] Walter Mayr, *Stalins Heimspiel*, Der Spiegel Special, 2/2005,

<https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/39863563>

[9] Mary Elise Sarotte, *Not One Inch*, New Haven 2021: Yale University Press, ISBN 978-0-300-25993-3, a 55, b 55 ff., c 191 ff., d 144, e 168, 251 f., f 121, 133 ff.

[10] *Memorandum of Conversation between Helmut Kohl and George Bush at Camp David, Feb 24, 1990*, National Security Archive, The George Washington University, Washington, D.C., <https://nsarchive.gwu.edu/sites/default/files/documents/4325690/Document-13-Memorandum-of-Conversation-between.pdf>

Übersetzung ins Deutsche: Friedensglockengesellschaft Berlin e.V., Downloadbereich, https://weltfriedensglocke-berlin.de/data/documents/20220916_Bush_sen_Kohl_24_Feb_1990_Rev.pdf

[11] *Erlass des Präsidenten der Ukraine Nr. 117/2021, Zum Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 11. März 2021 „Über die Strategie der Deokkupation und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Territoriums der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol“*, 24. März 2021, (auf Ukrainisch, übersetzbar mittels Google Translator), <https://www.president.gov.ua/documents/1172021-37533>

[12] „*Absolut unerwartet*“, Der Tagesspiegel 09.12.2022, <https://www.tagesspiegel.de/politik/absolut-unerwartet-putin-zeigt-sich-enttauscht-von-merkel-wegen-ausserungen-zur-ukraine-9006844.html>

[13] *U.S.-Ukraine Charter on Strategic Partnership*, U.S. Department of State, November 10, 2021 <https://www.state.gov/u-s-ukraine-charter-on-strategic-partnership/>

[14] *Britischer Premier Johnson trifft Selenskyi in Kiew*, Zeit Online, 9. April 2022, <https://www.zeit.de/news/2022-04/09/britischer-premier-johnson-trifft-selenskyi-in-kiew>

[15] *Ukraine Democracy Defense Lend-Lease Act of 2022*, U.S. Congress, January 19, 2022, <https://www.congress.gov/bill/117th-congress/senate-bill/3522/text/is>

[16] *Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konfliktteilnahme*, Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, WD-2-3000-019/22, 16.03.2022, p. 6, <https://www.bundestag.de/resource/blob/892384/d9b4c174ae0e0af275b8f42b143b2308/WD-2-019-22-pdf-data.pdf>

[17] *Sentinel ICBM*, Air Force Nuclear Weapons Center, undatiert, <https://www.afnwc.af.mil/Weapon-Systems/Sentinel-ICBM-LGM-35A/>

[18] Andrew Feickert, *The U.S. Army's Long-Range Hypersonic Weapon (LRHW)*, Congressional Research Service, IF 11991, Updated May 23, 2022, <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF11991>

[19] Andrew Feickert, *The Army's Multi-Domain Task Force (MDTF)*, U.S. Congressional Research Service, IF11797, May 31, 2022, <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF11797>

Sämtliche Internetquellen abgerufen am 2. Januar 2023.

Autor: Prof. Dr.-Ing. Joachim Wernicke, Berlin, Physiker, parteilos.
3. Auflage, 3. Januar 2023

Dieser Text ist zugänglich bei: Friedensglockengesellschaft Berlin e.V., Downloadbereich, https://weltfriedensglocke-berlin.de/data/documents/20230103_Kriegsvermeidung_11_Fragen_3_Aufl.pdf